

1 MEHR 2 MARKT 3 WIRTSCHAFT

4 5 LÖSUNGEN FÜR DIE SECHS GRÖSSTEN WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN HERAUS- 6 FORDERUNGEN

7 **Ausgangslage:**

- 8
- 9 ● Deutschland geht es im Jahr 2017 gut. Die Beschäftigung ist so hoch wie nie, die
10 Arbeitslosigkeit so niedrig wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Die Real-
11 löhne steigen, die Renten auch. Die Wirtschaft wächst, die Steuereinnahmen stei-
12 gen auf immer neue Rekorde, die Schulden des Bundes werden erstmals reduziert.
13 Die Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft verschlechtern sich aller-
14 dings von Tag zu Tag und die Herausforderungen, z. B. durch Demografie und Digi-
15 talisierung, werden immer größer. Während andere Länder eine dynamische Ent-
16 wicklung im Zeitalter der Digitalisierung erfahren, müssen die Wirtschaftsakteure
17 in Deutschland mit den Folgen politischer Unsicherheit in Europa zurechtkommen
18 und sehen sich am Heimatstandort zunehmend mit Regulierung, hohen Abgaben
19 und Bürokratie konfrontiert. Die Arbeitsmarktregulierung, das Steuer- und die So-
20 zialsysteme, ja, der ganze Staat müssen für diese Herausforderungen fit gemacht
21 werden.
 - 22
 - 23 ● Es ist aus ordnungspolitischer Sicht im Sinne einer positiven wirtschaftlichen Ent-
24 wicklung die Verpflichtung einer neuen CDU/CSU-geführten Bundesregierung,
25 sich verstärkt um die Verbesserung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingun-
26 gen zu sorgen. Damit soll Deutschland in Europa wieder Vorbild für eine moderne
27 und erfolgreiche Wirtschaftsordnung werden, ausgerichtet auf die Grundprinzi-
28 pien der Sozialen Marktwirtschaft.
 - 29
 - 30

31 **Unsere Forderungen orientieren sich an sechs gesellschaftsrelevanten 32 Zukunftsthemen:**

- 33
- | | | |
|-------|--|----|
| 34 1. | Bürger und Unternehmen fair besteuern | 4 |
| 35 2. | Arbeitsmarkt modernisieren, soziale Sicherung demografiefest machen | 5 |
| 36 3. | Deutschland zur Digitalrepublik Nr. 1 in Europa entwickeln | 8 |
| 37 4. | Energie- und Klimapolitik marktwirtschaftlich neu ausrichten | 10 |
| 38 5. | Für Wohlstand, Wachstum, Innovation: den Staat zum Ermöglicher und
39 Dienstleister wandeln | 11 |
| 40 6. | Sicherheit als Standortfaktor erhalten | 13 |
- 41

Zusammenfassung der Forderungen

1. Bürger und Unternehmen fair besteuern

- a. Ein Drittel der Steuermehreinnahmen für Steuersenkungen verwenden
- b. Einkommensteuertarifverlauf im unteren und mittleren Bereich absenken, Spitzensteuersatz erst ab 60.000 Euro
- c. Werbungskostenpauschbetrag deutlich erhöhen
- d. Einheitlicher Grundfreibetrag für Kinder und Erwachsene, entsprechende Erhöhung des Kindergeldes
- e. Soli ab 2020 ganz abschaffen
- f. Keine Steuern erhöhen

2. Arbeitsmarkt modernisieren, soziale Sicherung demografiefest machen

- a. Arbeitszeitgesetz auf die Vorgabe einer Wochenarbeitszeit beschränken
- b. Arbeitsplatzvorschriften nicht auf mobiles Arbeiten/Heimarbeit anwenden
- c. Wiedereinführung der Meisterpflicht
- d. Meisterprüfung kostenlos
- e. Meister-BAföG erhöhen
- f. Erleichterte Fachkräftezuwanderung durch ein Einwanderungsgesetz
- g. Verbeamtungen nur noch mit korrekten Pensionsrückstellungen
- h. Höhere Anteile von Aktien, Immobilien, Wagniskapital bei Altersvorsorge zulassen
- i. Zulagen-Rente unbürokratischer gestalten
- j. „Doppelverbeitragung“ abschaffen
- k. Nachgelagerte Besteuerung bei Förderung von Wohnungsbau aufheben
- l. Säulenübergreifendes Infosystem mit Überblick über alle Vorsorgedaten

3. Deutschland zur Digitalrepublik Nr. 1 in Europa machen

- a. Bundesdigitalminister
- b. eGovernment auf allen Verwaltungsebenen
- c. Telekomaktien verkaufen und damit Glasfaserausbau beschleunigen
- d. Big-Data-Gesetz, das Staat verpflichtet, seine Daten pseudonymisiert kostenlos zur Verfügung zu stellen
- e. Keine Umsatzsteuer auf Managementdienstleistungen von Beteiligungskapitalfonds
- f. Startup-Schutzzone in den ersten 3 Jahren: Abgaben- und Bürokratiebefreiung
- g. Startup-Klausel bei öffentlichen Vergaben um innovativen Unternehmen den Zugang zu staatlichen Aufträgen nicht zu verbauen
- h. EU-Datenschutzgrundverordnung eins-zu-eins in Deutschland anwenden und Freiheiten nicht weiter einschränken

4. Energie- und Klimapolitik marktwirtschaftlich neu ausrichten

- a. Feste Einspeisevergütungen durch Ausschreibungen ersetzen
- b. Verpflichtung für EEG-Anbieter, in Speicher- bzw. Reservekapazitäten zu investieren
- c. Befreiung der Speicherbetreiber von der EEG-Umlage und allen weiteren Umlagen
- d. Vorgaben der EnEV 2016 für die Dauer der Legislaturperiode aussetzen
- e. Perspektivisch ausschließlich den EU-Emissionshandel als Leitinstrument für Klimaschutz verfolgen

- 90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100
101
102
103
104
105
106
5. **Für Wohlstand, Wachstum und Innovation: den Staat zum Ermöglicher und Dienstleister wandeln**
 - a. Gegen Werbeverbote
 - b. Verbraucherschutz muss evidenzbasiert erfolgen
 - c. Parlamentsbeauftragter für Bürokratieabbau
 - d. Statistikpflichten für Unternehmen reduzieren
 - e. Mindestlohnbürokratie abbauen (Auftraggeberhaftung, Praktika, Aufzeichnungspflichten)
 - f. Bonus-Malus-Regelungen bei öffentlichen Bauaufträgen
 6. **Sicherheit als Standortfaktor erhalten**
 - a. Null-Toleranzpolitik gegenüber Straftätern
 - b. Polizeistärke in Bund und Ländern weiter erhöhen
 - c. Straftäter zeitnah verurteilen
 - d. Weniger Bewährungs-, höhere Mindeststrafen
 - e. Wirksame Sicherung der EU-Außengrenzen
 - f. Mehr Kompetenzen für das Cyber-Abwehr-Zentrum

107 1. Bürger und Unternehmen fair besteuern

108

109 Eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung muss es sich zum Ziel setzen, das Steuer-
110 system leistungsfreundlicher zu gestalten und jegliche zusätzliche Steuerbelastung
111 von Bürgern und Unternehmen zu vermeiden. Dies schafft neue Spielräume für mehr
112 Eigenverantwortung und Innovation.

113

114 1. Ein Drittel der Steuermehreinnahmen für Steuersenkungen reservieren

115 ● Die Steuerschätzungen sagen für dieses und die Folgejahre Steuermehreinnahmen
116 von 25 bis 30 Milliarden Euro pro Jahr voraus. Damit steigen die Steuern deutlich
117 stärker als die Teuerungsrate und die Erhöhung der Tariflöhne. Es gibt damit aus-
118 reichend Spielraum für Steuersenkungen.

119 - Ein Drittel der pro Jahr erwarteten Steuermehreinnahmen (im Vergleich zu
120 2016) muss für Steuersenkungen verwendet werden.

121

122 2. Einkommensteuertarif ändern: Die hart arbeitende Mitte entlasten

123 ● Der Spitzensteuersatz von 42 Prozent greift heute bereits bei einem Einkommen
124 von 54.000 Euro. Das ist das 1,3-Fache des durchschnittlichen Jahresbruttoeinkom-
125 mens eines vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmers. Durch die regelmäßige Anpas-
126 sung des Grundfreibetrags, ohne dass die Grenzsteuersätze oberhalb des Ein-
127 gangssteuersatzes angepasst wurden, wurde die Steuerprogression immer steiler.
128 Der stärkste Anstieg erfolgt zwischen Eingangssteuersatz und dem Grenzsteuer-
129 satz von 24 Prozent. Der Steuertarif muss wieder flacher verlaufen.

130 - Wir fordern, den Tarifverlauf insgesamt zu strecken und besonders für mittlere
131 Einkommen eine spürbare Entlastung zu erreichen: Das bedeutet u. a. eine Ver-
132 schiebung des Grenzsteuersatzes von 24 Prozent auf höhere Einkommen, und
133 den Spitzensteuersatz frühestens ab 60.000 Euro zu versteuerndem Einkommen
134 greifen zu lassen.

135 - Wir fordern eine deutliche Anhebung des Werbungskostenpauschbetrags.

136

137 3. Familien entlasten

138 Es gibt etwa 150 familienpolitische Leistungen in Deutschland, die den Be-
139 troffenen häufig gar nicht bekannt sind. Die einfachste Unterstützung für Fami-
140 lien liegt in der Befreiung von Steuern bzw. in finanzieller Entlastung. Kinder
141 und Erwachsene müssen steuerlich gleich viel wert sein.

142 - Wir fordern, den Kinderfreibetrag durch einen Grundfreibetrag in der gleichen
143 Höhe wie für Erwachsene zu ersetzen.

144 - Wir fordern, das Kindergeld im gleichen Maße zu erhöhen, damit auch diejeni-
145 gen gefördert werden, die von der Anhebung des Grundfreibetrags nicht profi-
146 tieren würden.

147

148 4. Soli abschaffen

149 ● Der Grund für den Solidaritätszuschlag ist längst entfallen. Die Politik hat mehr-
150 fach versprochen, ihn 2019 abzuschaffen. Ein mehrjähriges Auslaufen würde die-
151 sem Versprechen entgegenstehen.

152 - Wir fordern daher eine endgültige Abschaffung des Solidaritätszuschlags mit
153 Auslaufen des Solidarpaktes Ende 2019.

154

155

- 156
157
158
159
160
161
162
163
164
165
166
167
168
169
170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
- 5. Abgeltungsteuer so lange wie nötig zur Verhinderung von Steuerflucht behalten**
- Die Abgeltungsteuer hat sich als besonders wirkungsvolle Steuervereinfachung sowie als spürbare Maßnahme des Bürokratieabbaus bewährt. Vor allem war sie aber eingeführt worden, um Steuerflucht unattraktiv zu machen. So lange der internationale Informationsaustausch nicht funktioniert, wäre die Abschaffung der Abgeltungssteuer ein großes Risiko für den Standort Deutschland und die Steuereinnahmen.
 - Wir fordern, die Integration der Abgeltungsteuer in den Einkommensteuertarif nach dem früher abgeschafften Modell auf bürokratische und fiskalische sowie auf die Auswirkung auf Investitionsbereitschaft zu überprüfen und die Abgeltungsteuer so lange beizubehalten wie der internationale Informationsaustausch der Finanzbehörden nicht funktioniert.
- 6. Keine Steuererhöhungen**
- Die Steuereinnahmen des Staates steigen auf allen Ebenen stärker als die allgemeine Teuerungsrate. Der Staat hat – selbst bei zusätzlich anfallenden Ausgaben für Investitionen, Sicherheit und Bildung – genügend Einnahmen. Bei den Ausgaben sind längst noch nicht alle Effizienzreserven ausgeschöpft. Es gibt keinen Bedarf für Steuererhöhungen.
 - Es soll keine Steuererhöhungen geben, auch nicht zur Kompensation von Steuerensenkungen an anderer Stelle. Insbesondere die Einführung der Vermögensteuer und eine Erhöhung der Erbschaftsteuer lehnen wir kategorisch ab.

180  **2. Arbeitsmarkt modernisieren, soziale Sicherung demografiefest machen**
181
182

183 Der deutsche Arbeitsmarkt ist noch nicht ausreichend für die großen Herausforderungen der Digitalisierung und Demografie gewappnet. Eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung muss die Regeln für den Arbeitsmarkt entsprechend neu aufstellen. Zugleich ist die Alterung der deutschen Gesellschaft eine Belastung für die Sozialsysteme, aber auch für die Wirtschaft, der zunehmend Fachkräfte fehlen. Eine zukunfts-feste Altersversorgung, die einen angemessenen Lebensstandard im Alter sichert und eine Unterstützung durch staatliche Sozialleistungen weitgehend überflüssig macht, darf nicht zu einer übermäßigen Belastung der aktiv Arbeitenden und ihrer Arbeitgeber führen. Eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung wird die Altersversorgung in einem stabilen Dreisäulenmodell denken und politisch so behandeln. Dafür benötigen wir eine Stärkung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge bei gleichzeitiger Reform der staatlichen Rentenversicherung. Darüber hinaus wird eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung die Einwanderung neu regeln und damit weltweit ein Signal an gut ausgebildete Menschen senden, sich in die Entwicklung unserer Gesellschaft einzubringen.
197
198
199

200
201
202
203
204
205
206
207
208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221
222
223
224
225
226
227
228
229
230
231
232
233
234
235
236
237
238
239
240
241
242
243
244
245
246

1. Arbeitsrecht an moderne arbeitnehmerfreundliche Arbeitsformen anpassen

- Die Digitalisierung bietet für Arbeitnehmer viele Vorteile, gerade im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Dienstreisen können entfallen, Arbeitszeiten können flexibel gestaltet werden. Diese möglichen Vorteile für Arbeitnehmer werden aber durch eine veraltete Regulierung von Arbeitszeitgesetz und Arbeitsstättenverordnung zum Teil verhindert. Eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung muss die Regelwerke zur Gestaltung der Arbeitszeiten und des Arbeitsplatzes der Wirtschafts- und Arbeitnehmerpraxis entsprechend anpassen.
 - Wir fordern die Umstellung von einer täglichen auf eine wöchentliche gesetzlich zulässige Höchstarbeitszeit von 48 Stunden gemäß europäischer Standards. Dabei geht es nicht um eine Erhöhung des Arbeitszeitvolumens, sondern nur um eine flexiblere Verteilung der Arbeitszeiten.
 - Kurze Unterbrechungen der Ruhezeiten müssen zulässig sein.
 - Die europäische Arbeitszeitrichtlinie und das Sozialpaket dürfen diese Ziele nicht gefährden. Das Subsidiaritätsprinzip ist zu beachten. Arbeits- und Sozialpolitik ist und bleibt Aufgabe der Mitgliedstaaten.
 - Wir fordern, die Arbeitsplatzvorschriften nicht auf mobiles Arbeiten (auf Reisen, beim Kunden und im Heimarbeitsplatz) anzuwenden

2. Zukunftsmodell duale Ausbildung: Meisterbrief stärken

- Die deutsche duale Ausbildung ist ein Exportschlager. Sie garantiert optimale, praxisnahe Qualifizierung und bietet Jobchancen für junge Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten und mit unterschiedlichsten Fähigkeiten. Sie muss neben der universitären Ausbildung weiter gestärkt werden.
 - Wir fordern, wo europa- und verfassungsrechtlich möglich, die Wiedereinführung der Meisterpflicht in möglichst vielen der 53 Handwerksberufe, in denen sie abgeschafft wurde, um dort die Ausbildungsanreize und die Qualität zu erhöhen.
 - Wir fordern, dass die Bundesregierung in den EU-Gremien jede Form der Einschränkung für natürliche Berufsreglementierung verhindert.
 - Wir fordern, dass die Meisterqualifikation gegenüber einem Studium nicht finanziell benachteiligt werden darf.
 - Wir fordern höhere Leistungen für das Meister-BAföG.

3. Einwanderung für ausländische Fachkräfte attraktiver machen

- Das derzeitige Recht bietet bereits vielfältige Möglichkeiten, ausländische Fachkräfte und Studierende nach Deutschland zu holen. Allerdings ist es in seiner Vielfalt und Komplexität sowohl für ausländische Interessierte als auch für vor allem mittelständische Arbeitgeber schwer handhabbar.
 - Wir fordern die Zusammenfassung der bestehenden, in Gesetzen und Verordnungen verteilten Möglichkeiten der gezielten Fachkräftezuwanderung in einem Einwanderungsgesetz. Dieses soll die Verfahren und Zuständigkeiten im Ausland und Inland vereinheitlichen bzw. besser verzahnen und die Behörden verpflichten, als interessen- und unternehmerfreundliche Service-Stellen den Einwanderungsprozess unterstützend, unbürokratisch und schnell zu begleiten.

- 247 - Bestehende materielle Lücken für erwünschte, aber derzeit nicht mögliche
248 Fachkräfteeinwanderung müssen geschlossen werden, prozessuale Erschwer-
249 nisse und bürokratische Hürden müssen abgebaut werden.
250
- 251 **4. Verbeamtung nur noch im hoheitlichen Kernbereich und mit testierten Pensions-**
252 **rückstellungen**
- 253 ● Die Anforderungen für den öffentlichen Dienst in einer sich wandelnden Gesell-
254 schaft erfordern flexiblere Instrumente der Personalarbeit. Austausch mit der
255 Wirtschaft und berufliche Wechsel müssen erleichtert werden. Verbeamtungen
256 passen da nicht mehr rein. Außerdem verlagern Verbeamtungen die Altersversor-
257 gungslasten auf künftige Generationen, ohne dass das durch angemessene Rück-
258 stellungen transparent gemacht wird.
 - 259 - Wir fordern, dass Verbeamtungen nur noch erfolgen dürfen, wenn eine versi-
260 cherungsmathematisch korrekte und testierte Pensionsrückstellung gebildet
261 wird, über die der Staat bis zur Pensionierung des Beamten nicht verfügen
262 darf.
 - 263 - Der Staat muss bei der künftigen Personalakquise prüfen, ob er jenseits der si-
264 cherheitsrelevanten hoheitlichen Aufgaben (Polizei, Zoll, Finanzverwaltung,
265 Justiz, Bundeswehr) Verbeamtungen braucht oder ob die Tätigkeiten – wie der-
266 zeit zum Teil schon im Bereich der Lehrer und bei Verwaltungsberufen – auch
267 von Angestellten erledigt werden können.
268
- 269 **5. Höhere Rendite für eigenverantwortliche Altersvorsorge ermöglichen**
- 270 ● Der Anteil von Aktien und Immobilien an Altersvorsorgeprodukten in Deutschland
271 ist im Vergleich zu den europäischen Partnerländern weit unterdurchschnittlich.
272 Damit wird in Niedrigzinsphasen das Vorsorgeniveau gefährdet. Investitionen in
273 die zweite und dritte Säule der Altersvorsorge müssen intensiviert werden.
 - 274 - Wir fordern die Zulassung eines höheren Anteils von Aktien, Immobilien und
275 Wagniskapital im Anlageportfolio von Vorsorgeanbietern.
276
- 277 **6. Anreize für betriebliche und private Altersvorsorge stärken**
- 278 ● Für alle Einkommensklassen, aber gerade auch für Geringverdiener und für Men-
279 schen mit unsicheren Beschäftigungsaussichten muss sich die eigenverantwortliche
280 Altersvorsorge lohnen. Neben den bereits angedachten Verbesserungen wie
281 einem Grundfreibetrag bei der Grundsicherung im Alter für private und betriebli-
282 che Altersvorsorge sowie einer Dynamisierung der Zulagenhöhe müssen weitere
283 abschreckende Elemente beseitigt werden.
 - 284 - Die bisherige „Riester-Rente“ muss als Zulagenrente neu aufgestellt und ver-
285 einfacht werden. Insbesondere der Datenaustausch zwischen Behörden und
286 die Antragsverfahren müssen so verändert werden, dass die Zulagen weitge-
287 hend automatisch errechnet und angepasst werden.
 - 288 - Die „Doppelverbeitragung“, also die Pflicht, Kranken- und Pflegeversicherungs-
289 beiträge auf Einnahmen aus Direktversicherungen und Versorgungsbezüge zu
290 bezahlen, auch wenn diese in der Ansparphase bereits aus verbeitragtem Ein-
291 kommen finanziert wurden, muss beendet werden.
 - 292 - Die nachgelagerte Besteuerung muss mindestens für die Förderung von Woh-
293 nungsbau als privater Altersvorsorge aufgehoben und anderweitig geregelt
294 werden.
295

296
297
298
299
300
301
302

303
304
305
306
307
308
309
310
311
312
313
314
315
316
317
318
319
320
321
322
323
324
325
326
327
328
329
330
331
332
333
334
335
336
337
338
339
340
341

7. **Transparenz schaffen**

- Um den Menschen die Möglichkeit zu geben, sich über ihr tatsächlich erwartbares Alterseinkommen zu informieren, benötigen sie mehr Transparenz.
 - Wir fordern daher die Einrichtung eines säulenübergreifenden Vorsorgeinformationssystems, das alle Rentenarten übersichtlich zusammenfasst.

3. Deutschland zur Digitalrepublik Nr. 1 in Europa entwickeln

Deutschland muss weltweiter Spitzenreiter bei der digitalen Infrastruktur und den gesetzlichen Rahmenbedingungen für die zunehmende Digitalisierung von Wirtschaft und Verwaltung werden. Ergänzend zur digitalen Infrastruktur ist die Entwicklung der physischen Infrastruktur essentiell, damit die moderne Gesellschaft von den Vorteilen der Digitalisierung profitieren kann. Eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung wird eine Digitale Agenda entwickeln und sich als Ziel setzen, der digitalfreundlichste Industriestaat in Europa zu werden.

1. **Digitale Kompetenzen bündeln, Bundesdigitalminister einsetzen**

- Die Digitalisierung betrifft als Querschnittsaufgabe alle Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft. Die derzeitige Zersplitterung der Zuständigkeiten in bis zu sechs Bundesministerien ist mitverantwortlich dafür, dass Deutschland bei der Umsetzung des Themas gravierenden Nachholbedarf hat.
 - Wir fordern die Bündelung der Zuständigkeiten beim Chef des Bundeskanzleramtes oder einem Digitalstaatsminister im Kanzleramt mit Kabinettsrang und eigenem Stab (ähnlich der Kultur-Staatsministerin). Nur mit einer durchsetzungsfähigen, digitalaffinen und in Politik und Digitalwirtschaft anerkannten und vernetzten Persönlichkeit an der Spitze werden wir mit der Digitalen Agenda auf Tempo kommen.
 - Bei diesem Minister sollten die Digitalangebote und die IT-Serviceestelle der ganzen Bundesverwaltung gebündelt werden.
 - Jede Behörde soll auf Leitungsebene einen zuständigen Digitalbeauftragten definieren. Bei der Besetzung der Leitungspositionen ist auf entsprechende Kompetenz zu achten.

2. **Den digitalen Staat auf allen Verwaltungsebenen umsetzen**

- Die Einführung von flächendeckendem eGovernment („digital first“) muss im Zusammenhang mit der Neuorganisation von Verwaltungsprozessen einhergehen. Die Schnittstellen müssen zudem verbindlich kompatibel definiert werden und damit den Bürgern und Unternehmen einen komfortablen Zugang zu den Leistungen des Staats ermöglichen. Vor allem die Unternehmen erleiden enormen bürokratischen Aufwand durch nicht standardisierte Verwaltungsanwendungen und regionale Lösungsansätze. Ziel sollte es sein, Anträge und Meldungen auf ein Mindestmaß zu reduzieren und vielmehr mit bereits vorhandenen Daten institutionenübergreifend zu agieren.
 - Wir fordern die flächendeckende Einführung von eGovernment auf allen Verwaltungsebenen nach dem Prinzip „digital first“ sowie eine schrittweise Ver-

342 schlankung von Verwaltungsprozessen. Bürger und Unternehmen sollen die-
343 selben Daten nur einmal bei einer Behörde liefern müssen, jede weitere staatli-
344 che oder kommunale Stelle muss intern Zugriff auf diese Daten haben.
345
346

3. Glasfaserausbau beschleunigen

- Der Breitbandausbau in Deutschland muss schneller gehen und vor allem die modernste Technologie fördern. Das Vectoring nutzt vor allem dem Staatsunternehmen Telekom. Es unterstützt ein Monopol und ist deshalb schon aus wettbewerblichen Gründen abzulehnen. Aber es verbaut als Zwischenschritt die Möglichkeit für die optimale technische Lösung, die ein flächendeckender Ausbau mit der Glasfasertechnologie FTTB/H wäre. Damit der Staat nicht zugleich Förderer, Regulierer und Marktteilnehmer bei einem für Deutschland so wichtigen Zukunftsthema ist, muss der Bund einen Großteil seiner Telekomanteile privatisieren.
 - Wir fordern die Konzentration aller Breitband-Förderprogramme des Bundes ausschließlich auf die Glasfasertechnologie FTTB/H.
 - Wir fordern den zügigen Verkauf eines Großteils der Telekom-Aktien.
 - Der Erlös dieses Verkaufs soll in einen Breitbandausbaufonds fließen, damit der Glasfaserausbau beschleunigt wird.

4. Öffentliche Daten für wirtschaftliche und wissenschaftliche Nutzung freigeben

- Der Staat verfügt über eine Vielzahl von Daten, deren anonymisierte Nutzung durch Wirtschaft und Wissenschaft erhebliche Innovationspotenziale bietet und Wirtschaft und Gesellschaft deutliche Fortschritte bringen könnte.
 - Wir fordern ein Gesetz zur strukturierten Datenanalyse („Big-Data-Gesetz“), das den Staat auf allen Ebenen verpflichtet, seine vorhandenen Daten pseudonymisiert für wissenschaftliche und wirtschaftliche Zwecke kostenlos zur Verfügung zu stellen.

5. Startup-Förderung verbessern

- Noch immer gibt es unzureichende Rahmenbedingungen für Wagniskapitalinvestitionen und zu hohe bürokratische Auflagen für neue, innovative Unternehmen und Geschäftsmodelle. Wir brauchen gerade in innovativen Bereichen eine neue Gründerkultur.
 - Die Umsatzbesteuerung von Managementdienstleistungen von Beteiligungskapitalfonds soll abgeschafft werden.
 - Innovative Startups sollen in den ersten drei Jahren der Gründung vollständig von Steuern und teilweise von Abgaben befreit werden. Bürokratische Auflagen, auch im Arbeitsrecht, müssen in diesem Zeitraum reduziert werden.
 - Bei öffentlichen Vergaben muss durch eine Startup-Klausel sichergestellt werden, dass Startups, die nicht über mehrjährige Marktpräsenz oder zahlreiche Referenzprojekte verfügen, berücksichtigt werden können.

6. Freiheit, Vielfalt und Qualität unserer Medienlandschaft im global-digitalisierten Wettbewerb sicherstellen

- Qualitativ hochwertige Medienangebote – unabhängig, plural und für alle gleichermaßen erreichbar – sind unverzichtbar, um den gesellschaftlichen Konsens über unsere Grundwerte unter den Bedingungen der Digitalisierung zu erhalten. Damit Medienangebote wettbewerbsfähig gestaltet und unternehmerisch refinanziert

391 werden können, ist die Verarbeitung von Daten unverzichtbar. Für die Nutzer sind
392 Daten längst das Entgelt und die Gegenleistung für die Inanspruchnahme von
393 Webangeboten, darunter journalistisch-redaktionelle. Die inklusive Teilhabe der
394 Bürger am digitalen politisch-gesellschaftlichen Leben wird hierdurch erst ermög-
395 licht.

- 396 - Wir fordern, dass eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung bei sämtlichen da-
397 ten- und informationspolitischen Entscheidungen nicht über die Einschränkungen
398 der EU-Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) hinausgeht, auch um die
399 Refinanzierungsmöglichkeiten von Medienangeboten zu sichern.
- 400 - Wir fordern für jedwede Digitalregulierung gleiche Wettbewerbsbedingungen
401 für alle Marktakteure. Regulierungsvorgaben, auch europäische, dürfen nicht
402 zu rechtlichen oder faktischen Wettbewerbsvorteilen für die marktstarken,
403 teilweise bereits marktdominanten Unternehmen der Plattformökonomie füh-
404 ren.

405
406

407 **4. Energie- und Klimapolitik marktwirtschaftlich neu ausrichten**

408

409 Das Energiewirtschaftsgesetz verpflichtet in §1 die deutsche Energiepolitik auf das ener-
410 giepolitische Zieldreieck aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz.
411 Dieses findet in der aktuellen Energiepolitik wenig Beachtung und muss wieder ins Gleich-
412 gewicht gerückt werden. Die Energieversorgung muss auch in Zukunft sicher, sauber und
413 bezahlbar sein.

414

415 Die eingeleiteten Reformen des Strommarktes, des EEG und des Nationalen Aktionsplans
416 Energieeffizienz (NAPE) waren nur erste vorsichtige Schritte, um die Wettbewerbsfähig-
417 keit und Versorgungssicherheit des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu gewährleisten.
418 Weitere und größere Schritte müssen folgen, um jährliche Rekordkosten, immer neue
419 staatliche Interventionen und abnehmende Netzstabilität, die zu einer schleichenden Deind-
420ustrialisierung führen, zu verhindern. Der Handlungsdruck für eine marktwirtschaftliche
421 Neuausrichtung der Energiewende war nie größer.

422

423 **1. Erneuerbaren-Zubau maximal kosteneffizient gestalten**

- 424 ● Das EEG hat sich zum Kostentreiber Nummer eins der Energiewende entwickelt
425 und setzt zahlreiche Fehlanreize, die ökologisch unsinnig und ökonomisch schäd-
426 lich sind. Der stetige Ausbau der Erneuerbaren stellt zwei wesentliche Anforderun-
427 gen: Markt- und Systemintegration der erneuerbaren Energien.
 - 428 - Um den Erneuerbaren-Zubau maximal kosteneffizient zu gestalten, fordern wir
429 die konsequente Umstellung des EEG weg von festen Einspeisevergütungen,
430 hin zu Ausschreibungen ohne preistreibende Regionalisierung und Bagatell-
431 grenzen.
 - 432 - Für die Gewährleistung der Versorgungssicherheit müssen die Anbieter erneuer-
433 erbarer Energien in die Pflicht genommen werden, uns rund um die Uhr mit
434 Strom zu versorgen. Hierzu müssen sie in Speicherkapazitäten investieren oder
435 Strom von konventionellen Energieerzeugern beziehen.
 - 436 - Speicherbetreiber müssen generell von der EEG-Umlage und allen weiteren
437 Umlagen befreit werden.

438

- 439
440
441
442
443
444
445
446
447
448
449
450
451
452
453
454
455
456
457
458
459
460
461
462
463
464
465
466
467
2. **Überzogene Auflagen beim Energieeinsparrecht aussetzen**
 - Die Kostensteigerungen der EnEV 2016 betragen rund sechs Prozent und bringen nur knapp 0,02 Prozent Einsparungen bei den Treibhausgasemissionen. Mit überzogenen Bestimmungen werden Bauinvestitionen verhindert. Dringend benötigter Wohnraum wird nicht geschaffen, während die Preise zugleich deutlich steigen.
 - Wir fordern daher, die neuen Vorgaben der EnEV für die Dauer der Legislaturperiode auszusetzen.
 - Statt auf überzogene staatliche Vorgaben gilt es, auf technologieoffene Energieeffizienz- und Digitalisierungsmärkte zu setzen, damit sich die kosteneffizientesten Lösungen zur Einsparung von CO2 durchsetzen.
 3. **Klimaschutzpolitik mit wirtschaftlichem Sachverstand neu aufstellen**
 - Eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung muss weiter sicherstellen, dass Deutschland und Europa beim Klimaschutz voranschreiten. Entscheidend ist aber auch, zu welchen Kosten für den Wirtschaftsstandort Klimaschutz betrieben wird. Grundsätzliches Ziel muss es sein, CO2-Emissionen möglichst kosteneffizient einzusparen. Das Wirtschaftlichkeitsgebot darf nicht gegenüber ideologischem Klimaschutz aufgegeben werden.
 - Wir fordern, dass Klimaschutzpolitik die Kosten für Bürger und Wirtschaft so gering wie möglich hält. Voraussetzung dafür sind belastbare Kosten-Nutzen-Analysen von Klimaschutz-Maßnahmen.
 - Klimaschutzpolitik sollte technologieoffen und innovationsfördernd ausgestaltet werden und den wirtschaftlichen Sachverstand von Unternehmen nutzen statt ihn bewusst auszuklammern.
 - Um Doppelbelastungen zu vermeiden, müssen die Bundes- und EU-Klimapolitik konsistent sein. Perspektivisch gilt es, nur noch ein europäisches CO2-Einsparziel mit dem EU-Emissionshandel als Leitinstrument zu verfolgen.

468  **5. Für Wohlstand, Wachstum, Innovation: den Staat zum Ermöglicher und Dienstleister wandeln**
469
470

471 Der Staat muss Leistung und Chancen ermöglichen, nicht beschneiden. Wir brauchen einen
472 Staat, der Freiräume lässt – für die Unternehmen in der Sozialen Marktwirtschaft und für
473 die Bürger als souveräne Marktakteure. Und er muss zugleich bürger- und unternehmens-
474 freundlich seine Dienste zur Verfügung stellen. Eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung
475 muss sich mit konkreten Zielen und Maßnahmen dem Bürokratieabbau widmen, sie muss
476 bevormundende Verbote und unsinnige Beschränkungen verhindern, Garant faktenbasier-
477 ter Wirtschafts- und Verbraucherpolitik sein und sie muss den Staat zum Partner und
478 Dienstleister für Bürger und Unternehmen umstrukturieren.

- 479
480
481
482
483
484
1. **Der Staat soll den Verbraucher schützen, nicht bevormunden**
 - Die Regulierung von Märkten und Marktkommunikation im Verbotsmodus stärkt weder Wohlstand und Wachstum noch Innovationen. Sie bevormundet die Menschen statt sie zu informierten Entscheidungen zu befähigen. Um Rechte zur Stärkung der Verbraucher zu etablieren und für ihre Durchsetzung zu sorgen, ist eine

485 evidenzbasierte Politik erforderlich. Regelungsstrategien müssen so gewählt wer-
486 den, dass sie hinreichend Schutz bieten, nicht zu Wettbewerbsnachteilen für die
487 Unternehmen führen und Freiräume für die Weiterentwicklung der marktwirt-
488 schaftlichen Instrumente der Wirtschaft bewahren.
489 - Wir wenden uns gegen die Vorgabe bestimmter Lebensstile, politische Kon-
490 sumlenkung und weitere Werbeverbote – sowohl auf nationaler wie auch euro-
491 päischer Ebene.
492 - Wir verfolgen eine evidenzbasierte Verbraucherpolitik, die die Bürgerinnen
493 und Bürger effektiv schützt.
494 - Wir fordern und fördern die Übernahme von Verantwortung für faire Märkte
495 durch die Wirtschaft.

2. **Parlamentsbeauftragter für Bürokratieabbau beim Bundestag etablieren**

- Eine wirksame Verhinderung und Rückführung von Bürokratie kann nur durch eine unabhängige, aber zugleich mächtige Kontrollinstanz verhindert werden.
 - Wir fordern einen unabhängigen Bürokratiebeauftragten des Bundestages, der bei jedem Gesetzgebungsverfahren ein Bürokratie-Votum einlegen kann, das im Gesetzgebungsverfahren überstimmt werden muss, und der – analog zum Wehrbeauftragten - jährlich einen Bürokratiebericht mit kritikwürdigen Fällen und Vorschlägen zur Bürokratiereduzierung abgibt. Darüber hinaus soll der Normenkontrollrat in seiner Funktion gestärkt werden.

3. **Statistikpflichten für Unternehmen reduzieren**

- Die Gesetzgeber auf europäischer Ebene, auf Bundes- und Länderebene schreiben den Unternehmen weit über hundert verschiedene Melde- und Auskunftspflichten für amtliche Statistiken vor. Insbesondere für Mittelständler ist das ein nur mit erheblichem Aufwand zu leistender Dienst an der Allgemeinheit, für den zum Teil die Sinnhaftigkeit nicht nachvollziehbar ist. Dabei liegen die meisten abgefragten Daten bei den Behörden längst vor.
 - Wir fordern, die statistischen Erhebungen auf europäischer und nationaler Ebene besser abzustimmen und die Mehrfacherfassung zu vermeiden. Für Deutschland fordern wir die Zusammenfassung des Statistischen Bundesamtes und der Landesstatistikämter zu einem „Deutschen Statistikamt“ in der Verantwortung des Bundes.
 - Wir fordern, dass das Statistikamt eine gesetzliche Grundlage bekommt, anonymisiert auf die Daten sämtlicher öffentlicher Register zuzugreifen, um automatisiert die Daten zu erhalten und dafür keine Umfragen mehr durchführen zu müssen. Ferner fordern wir eine Prüfung, inwieweit auch private Datenbanken für die Datenerhebung genutzt werden können, wenn dies ihre wirtschaftlichen Interessen nicht beeinträchtigt.
 - Wir fordern, beim Aufbau neuer öffentlicher Register (Bsp.: Gebäude- und Wohnregister) die Voraussetzungen für optimale Nutzung zu Statistikzwecken mit zu planen.
 - Wir fordern eine Überprüfung sämtlicher Statistikpflichten auf ihre Erforderlichkeit, vor allem ob die Erhebung zu politischen Schlussfolgerungen geführt hat. Dafür soll ein Relevanzspiegel regelmäßig eine Übersicht liefern, welche Statistiken tatsächlich nachgefragt werden.
 - Wir fordern eine deutliche Reduzierung der Stichprobengrößen auf das absolut notwendige Minimum.

- 534 - Wir fordern, dass Statistikerhebungen ausschließlich elektronisch erfolgen dür-
535 fen und dass verstärkt mit neuen Schätzmodellen und Hochrechnungen sowie
536 Datenerhebungen, die ohne Befragungen auskommen, gearbeitet wird.
537 - Wir fordern eine Pauschalerstattung, die den Unternehmen einen Teil des Er-
538 fassungsaufwandes ersetzt.

540 4. Gesetzlichen Mindestlohn praxistauglicher gestalten

- 541 ● Unabhängig davon, ob ein gesetzlicher Mindestlohn an sich in der Höhe und Aus-
542 gestaltung wirtschaftsschädlich und arbeitsplatzgefährdend ist, sind die damit ver-
543 bundenen Auflagen und Regulierungen jedenfalls für die Unternehmen mit völlig
544 überzogener Bürokratie und zum Teil mit hohen Risiken verbunden, ohne dass die-
545 ser Aufwand die Möglichkeit des Missbrauchs wirksam reduziert.
546 - Wir fordern daher, die bürokratischen Auflagen beim Mindestlohn, die sich als
547 unwirksam und schädlich herausgestellt haben, wieder aufzuheben. Dazu ge-
548 hören Regelungen zur Auftraggeberhaftung genauso wie die Begrenzung der
549 Praktikumsmöglichkeiten und die Aufzeichnungspflichten.

551 5. Bei Auftragsvergaben ökonomisches Verhalten berücksichtigen

- 552 ● Bei öffentlichen Aufträgen muss es für die Auftragnehmer Anreize geben, die Ar-
553 beiten schnell abzuarbeiten.
554 - Wir fordern daher eine Bonus-Malus-Regelung für die zeitliche Umsetzung von
555 Aufträgen (insbesondere im Baubereich): bei vorzeitiger Fertigstellung soll sich
556 das Honorar erhöhen, bei verspäteter Fertigstellung verringern.

559 🍌 6. Sicherheit als Standortfaktor erhöhen

560
561 Die Kriminalitätsentwicklung, ungelöste Migrationsfragen und zunehmende Probleme
562 mit kulturellen Parallelgesellschaften verursachen Ängste und Unsicherheit in der Bevöl-
563 kerung, aber auch in der Wirtschaft. Investitionsentscheidungen von in- und ausländi-
564 schen Unternehmen hängen auch und immer stärker von der Sicherheitslage und gesell-
565 schaftlichem Frieden ab. Wenn Wirtschaftspolitik erfolgreich sein soll, muss sie sich daher
566 immer auch für die innere Sicherheit stark machen.

- 567 ● Wir fordern eine Null-Toleranzpolitik gegenüber Straftätern. Dazu ist die Polizei-
568 stärke in Bund und Ländern weiter zu erhöhen. Die sichtbare Präsenz vor Ort ist zu
569 stärken. Sogenannte „No-Go-Areas“ dürfen nicht toleriert werden. Respekt vor Po-
570 lizei und Rettungskräften muss wieder eine Selbstverständlichkeit werden. Video-
571 überwachung und modernste Auswertungssoftware sollen ausgeweitet werden,
572 insbesondere für gefährdete Orte.
573 ● Wir fordern, die Justiz durch personelle Maßnahmen in die Lage zu versetzen,
574 Straftäter zeitnah zu verurteilen. Die Form des beschleunigten Verfahrens muss
575 deutlich häufiger angewandt werden. Wir fordern höhere Hürden für die Ausset-
576 zung von Haftstrafen zur Bewährung sowie höhere Mindeststrafen, z. B. bei
577 schweren Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit.
578 ● Wir fordern die wirksame Sicherung der EU-Außengrenze, ersatzweise unserer
579 Grenze gegen illegalen Grenzübertritt. Abschiebungen krimineller Ausländer müs-
580 sen Bundesangelegenheit werden. Falsch verstandene Gastfreundschaft ist dabei
581 nicht angezeigt.

582 ● Wir fordern die Stärkung des nationalen Cyber-Abwehrzentrums durch eigene Be-
583 wertungs- und Auswertungsfähigkeiten sowie die Übertragung mit konkreten
584 Schutzfunktionen, so dass bekannte Quellen von Schadsoftware bundesweit ge-
585 sperrt werden können. Dazu müssen wir die Bundeskompetenzen, insbesondere
586 im Bereich der Cyber-Abwehr, verfassungsrechtlich verstärken.

587 